Das geplante Jahressoll der Gewerbesteuer von 16 Mio. € wird durch Veranlagungen in Höhe von ca. 16,7 Mio. € übertroffen. Gegenüber dem letzten Bericht ist ein Rückgang zu verzeichnen. Es werden jedoch noch weitere Gewerbesteuerzahlungen erwartet. Im Bereich des Gemeindeanteils an der Einkommenssteuer werden derzeit Mehrerträge in Höhe von ca. 860 T€ angenommen.

Im Bereich der Zuwendungen und allgemeinen Umlagen werden Mehrerträge in Höhe von etwa 500 T € erwartet. Hierbei handelt es sich um vom Land weitergeleitete Bundesmittel für die Unterbringung, Verpflegung und Betreuung von Flüchtlingen und Vertriebenen aus der Ukraine. Insgesamt entfallen auf das Land NRW 430,8 Mio. €. Davon werden in einem ersten Schritt 215,4 Mio. € verteilt. Die Hansestadt Wipperfürth erhält darauf 302.454,66 €. In zwei weiteren Schritten werden jeweils 107,7 Mio. € weitergeleitet. Die zweite Tranche mit einer Höhe von 114.999,07 € ist der Hansestadt Wipperfürth Anfang des dritten Quartals zugeleitet worden. Wie hoch die letzte Tranche ausfällt kann nicht beziffert werden. Weitere Erträge im Kontext eingereister Personen aus der Ukraine umfassen 609T€ FlüAG-Pauschale sowie Erstattungsansprüche und Rückzahlung gewährter Hilfen in Höhe von rund 84T€.

Die Mehrerträge bei den sonstigen ordentlichen Erträgen resultieren aus Schadensersatzzahlungen aus dem beendeten jahrelangen Rechtsstreit bei der Voss Arena in Höhe von ca. 380 T€.

Insgesamt liegen die ordentlichen Erträge mit 63,2 Mio.€ gut 2,6 Mio. € über dem geplanten Ansatz von 60,5 Mio. €.

Die ordentlichen Plan-Aufwendungen von 68,65 Mio. € liegen mit Aufwendungen in Höhe von 68,8 Mio. € ca. 150 T€ über dem Planansatz.

Die Personalaufwendungen liegen inkl. Rückstellungen etc. ca. 350 T€ unter dem geplanten Ansatz von 16,2 Mio. €.

Im Bereich der Aufwendungen für Sach-/ Dienstleistungen werden die Gasaufwendungen zum einen aufgrund der gestiegenen Preise und zum anderen wegen der bis zum 01.04.2024 befristeten Gaspreisanpassungsverordnung für die Monate Oktober bis Dezember mindestens 180 T € (hiervon: 50 T€ Gasumlage) über dem geplanten Ansatz liegen.

Innerhalb der Transferaufwendungen liegt die Gewerbesteuerumlage bedingt durch die höheren Gewerbesteuereinnahmen ca. 50 T€ über dem geplanten Ansatz. Die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) werden nach vorsichtigen Schätzungen ca. 650 T€ über dem Ansatz liegen.

Zum Stichtag 30.06.2022 wurden 238 T€ an Asylbewerberleistungen für Flüchtlinge und Vertriebene aus der Ukraine ausgezahlt, zzgl. 44 T€ im Rahmen der Krankenhilfe. Für die Anmietung von Wohnraum wurden im 1. Halbjahr 106 T€ sowie für die Herrichtung und Ausstattung von angemieteten und städtischen Unterkünften 124 T€ verausgabt.

Im Hinblick auf die Isolierung der Corona-Schäden (Außerordentliche Erträge) gestaltet

es sich nach derzeitigem Stand so, dass Schäden in Höhe von etwa 3,39 Mio. € isoliert werden müssten. Die Verringerung gegenüber der Planung von ursprünglich 4,8 Mio. € resultiert insbesondere aus den Mehreinnahmen der Gewerbesteuer und dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, die 1,6 Mio. € über dem Plan liegen und damit nicht mehr in voller Höhe als „Schaden“ isoliert werden können. Die angefallenen Aufwendungen im Rahmen der Pandemie betragen derzeit rund 63 T€.

Im Gesamtergebnisplan zeichnet sich damit eine Verbesserung von rund 1,0 Mio. € gegenüber der originären Planung 2022 ab. Im Vergleich zur Haushaltsplanung mit einem Defizit von 2,5 Mio.€ würde das Haushaltsjahr dann mit einem Defizit von 1,5 Mio. € abschließen.

Hinweis:

Ergebnis 2021:

Durch die laufenden Jahresabschlussarbeiten und die ausstehende Prüfung des Jahresabschlusses kann sich das voraussichtliche Jahresergebnis 2021 noch verändern.